Presseerklärung **Offene Linke Ansbach e.V.** Ansbach, 20.04.2010

Erneut Verwirrspiel um Urlas-Knoten: Jetzt doch Landbeschaffungsverfahren nötig

Staatl. Bauamt Nürnberg plant weiter zu Lasten der Bevölkerung

Stadt soll bis zu 100.000 Euro zuzahlen – Verkehrschaos auf B14 absehbar

Als „undurchsichtige Vorgänge zu Lasten der Bürger“ hat die Offene Linke jetzt die jüngste Verfahrensweise der Staatl. Bauämter Ansbach und Nürnberg in Hinblick auf die Überplanung des Urlas-Knotens und den Bau eines größenwahnsinnigen Einkaufszentrum in der umzäunten US-Militärsiedlung trotz fehlenden Verkehrsanschlusses bezeichnet.

Entgegen den bisherigen Plänen, die eine Baulastträgerschaft der Stadt für die Urlas-Zufahrt vorsahen, erfuhr die Offene Linke auf Anfrage, dass die Straße samt Grundstückserwerb dem Bund gehören soll. Damit ist der Beschluss des Stadtrates vom 28.07.09 obsolet. Das bedeutet, dass neben dem Planfeststellungsverfahren zudem ein sog. Landbeschaffungsverfahren notwendig wird, im Zuge dessen die derzeitigen Grundstücksbesitzer vom Bund auch enteignet werden können. Andererseits kann ein solches Verfahren auch eine weitere Verzögerung bedeuten. Darüber hinaus wurde bekannt, dass die Stadt bis zu 100.000 Euro zu dem Monster-Knoten zuzahlen soll: „Dass ein solches Millionenprojekt mit ausschließlichem Nutzen für das US-Militär dem deutschen Steuerzahler aufgebürdet wird, ist Skandal genug. Dass die städtischen Gebührenzahler zusätzlich zur Kasse gebeten werden, komplettiert die Nachteile der US-Ausbaupläne für die Bevölkerung.“

Auch das Staatliche Bauamt Nürnberg (StBaN) legt in bezug auf dessen stures Festhalten an der Baudurchführung eines US-Megaeinkaufszentrum auf 13.500 qm trotz aller Bedenken und trotz des Beschlusses des Bauausschusses, der dem Projekt das Einvernehmen verweigert hat, solange keine tragfähige Verkehrsanbindung vorhanden ist, Ignoranz an den Tag. Das StBaN will das Einkaufszentrum samt Militär-Trabantenstadt am Urlas über eine Ampel an der vierspurigen B14 anbinden. „Mit diesem hanebüchenen Plan programmiert das StBaN Chaos an der B14 vor und gefährdet Verkehrsteilnehmer“, betonte die Offene Linke. „So werden die Staatlichen Bauämter zum Sicherheitsrisiko für Ansbach.“

Das Argument der Bauämter, mit dem Anschlussknoten eine Unfallstelle beheben zu wollen, wirkt unter diesem Eindruck zunehmend vorgeschoben. Die Stadt Ansbach hat mit Geschwindigkeitsbeschränkungen am Windmühlberg, die ab 2011 nach einem Grundsatzbeschluss des Verkehrsausschusses scharf überwacht werden sollen, zur Verbesserung der Situation mit Maßnahmen beigetragen, die den Steuerzahlern keine Millionen kosten. „Es drängt sich nach den jüngsten Vorgängen der Verdacht auf, dass die Staatl. Bauämter zuallerletzt an mehr Verkehrssicherheit interessiert sind, sondern sich allein an den Wünschen eines deren großen Auftraggeber orientieren: dem US-Militär.“

Dieses Vorgehen karikiert den Bauausschussbeschluss vom 09.11.09. Die erheblichen Verzögerungen und Unklarheiten um die Anbindung lässt nur eine logische und verantwortungsvolle Konsequenz zu: Den sofortigen Baustopp am Urlas. Die Offene Linke appelliert an die Stadträtinnen und Stadträte diesen sauberen Weg zu beschreiten, indem sie den Urlas-Plänen das Einvernehmen verweigern: „Lassen Sie nicht zu, dass unsere Stadt am Nasenring durch die Manege gezogen wird.“

Für den Vorstand der Offenen Linken Ansbach e.V.
gez. Boris-André Meyer, Stadtrat